MAFIA-KRIMI IN LETTLAND

Ex-BND-Chef und Ex-Nato-Boss Opfer eines irren „Bankraubes“

Ex-BND-Chef August Hanning (75) und der ehemalige Nato-Chef Anders Fogh Rasmussen (68) sind Opfer eines mutmaßlich staatlich organisierten „Bankraubes“ geworden
Foto: Getty Images, Niels Starnick / BILD

Artikel von: **PETER TIEDE** veröffentlicht am
01.11.2021 - 17:14 Uhr

Eine Bank in Lettland, zwei prominente Aufsichtsräte, ein korrupter Staat und offensichtliche Mafiosi: Für den ehemaligen Nato-Chef und Ex-Regierungschef von Dänemark, Anders Fogh Rasmussen (68), und für den ehemaligen Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes, August Hanning (75), ist ein Abenteuer in Lettland gründlich schiefgegangen.

Rasmussen und Hanning werden als ehemalige Aufsichtsräte der PNB Banka (früher Norvik Banka) mit Millionen-Forderungen konfrontiert!

Beide wähnten sich, so berichtet es nun Hanning gegenüber BILD, in Lettland in einem normalen EU-Staat, in dem Banken-Recht und EU-Gesetze gelten – doch beide erwachten in einem Mafia-Krimi! Denn: Beide sollen die Zeche für einen staatlich sanktionierten Bankraub zahlen. Deshalb wittern beide jetzt Betrug und Korruption bis in höchste Staatsämter.

Das war passiert

Der Mafia-Krimi kam – in aller Kürze – so: Die PNB Banka gehörte mehrheitlich dem britisch-russischen Geschäftsmann Grigory Guselnikov. Alles lief gut, so dachten die Aufseher. Auch die Wirtschaftsprüfer von PWC attestierten dies. Doch dann wurde die Bank 2019 der Kontrolle der Europäischen Zentralbank (EZB) unterstellt – auf Antrag der lettischen Zentralbank, deren Ex-Chef Ilmar Rimsevics unter Korruptionsverdacht steht.

Von dieser Zentralbank fühlen sich die prominenten Ex-Aufsichtsräte betrogen! Hanning zu BILD: „Die Zentralbank hatte ein merkwürdiges Interesse daran, die PNB-Bank in die Insolvenz zu schicken."

PANNEN IN AFGHANISTAN

Wurde der BND von der Politik an die Kette gelegt?

17:52

(/video/clip/video/pannen-in-afghanistan-wurde-bnd-von-der-politik-an-die-kette-gelegt-77474458.bild.html)

Quelle: BILD

Angeblich stimmten die Bilanzen nicht. Anders als von PWC testiert, sollte nun plötzlich ein Minus von 150 Millionen Euro existieren. Zeitgleich strebte Hauptaktionär Guselnikov der Verkauf seiner Bank-Anteile an – an einen ägyptischen Geschäftsmann.

Guselnikov, so schildert es Hanning nun aus nachträglich erworbenem Wissen, sollte Vermögen aus der Bank nehmen und der neue Aktionär neues Vermögen einzahlen. Das alles ohne Wissen des Aufsichtsrates.

Doch so weit kam es nicht: Der alte Aktionär zog zwar Millionen ab, doch der neue zahlte nicht ein. Denn: Er fühlte sich von der lettischen Bankenaufsicht betrogen. Die habe ihm das Verfahren gegen die Bank verschwiegen, ihn noch als neuen Investor herzlich willkommen geheißen.

Die Bank wurde „ausgeraubt“

Ergebnis: Das alte Geld und Kredite waren weg, neues Geld und neue Kredite nicht da. Hanning: „Die Bank wurde ohne Wissen des Aufsichtsrates vom Eigentümer und dem Management ausgeraubt – unter den Augen der staatlichen Kontrolleure!“

Denn, so Hanning: Über einen „Whistleblower“, der noch im Juli 2019 die lettische Staatspolizei ausführlich über die aus seiner Sicht kriminellen Vorgänge innerhalb der Bank unterrichtete, wussten staatliche Stellen, dass in der Bank kriminelle Netzwerke aktiv sind. Und: Obwohl die Zentralbank wusste, dass ein rechtswidriger Register-Eintrag über den nicht vollzogenen Aktionärswechsels erfolgte, schritt sie nicht ein, so Hanning.

Harte Anschuldigungen

Der Ex-BND-Boss erhebt nun in einem Brief an die deutsche Botschaft in Riga schwere Vorwürfe: „Mir liegen Informationen vor, dass die Zentralbank durch Bestechung des lettischen Justizministers und des Vorsitzenden des Rechtsausschusses dazu bewogen wurde, nicht einzuschreiten. Die Bank soll an beide einen Betrag von 500 000 € gezahlt haben.“

Nicht nur Hanning hat einen Wut-Brief geschrieben, sondern auch Ex-Nato-Chef Rasmussen – und zwar an Lettlands Regierungschef.

Beistand von ungewohnter Seite

Hanning und Rasmussen bekommen ungewohnten Beistand – und zwar vom Anwalt, der die zwangsgeschlossene Bank gegen die EZB vertritt! Der Frankfurter Banken-Anwalt Okko Behrends (56) zu BILD: „Hanning und Rasmussen sind integre Persönlichkeiten, die vom lettischen Premierminister entschieden und völlig zu Recht Aufklärung verlangen, und zwar im Interesse der von uns vertretenen Bank.“

Für Lettland ist der Fall Rasmussen/Hanning nicht ungewöhnlich. Lettland ist Schauplatz dunkler Machenschaften – und einer der wichtigsten Geldwaschplätze für russische Oligarchen, Mafiosi, Politiker und Geheimdienste. Von hier aus wurde seit 30 Jahren Geld aus dunklen russischen Kanälen in den EU-Bankenkreislauf geschleust. Hier lässt Nordkorea Milliarden waschen und vor allem: verschwinden.

Immer wieder fliegen kriminelle Banker und korrupte staatliche Kontrolleure auf. Und immer wieder sterben Banker, die zu viel wissen und nicht mehr mitspielen wollen. So wie 2018 Martins Bunkus, der vor den Toren von Riga mit einem Maschinengewehr im fahrenden Auto erschossen wurde.

2018 wollte das US-Finanzministerium die drittgrößte lettische Bank ABLV vom Dollar-Geschäft abkoppeln. Begründung: „institutionalisierte Geldwäsche“ und verbotene Geschäfte mit Nordkorea. Auch Geld aus der Ukraine, Russland und Aserbaidschan wurden hier gewaschen.

Auch hier verwickelt: Der Chef der Zentralbank. Rimsevics wird beschuldigt, von der Bank über 100 000 Euro an Bestechungsgeld gefordert zu haben. Die LBV brach zusammen.

2016 musste die Trasta Komercbanka Bank geschlossen werden – reiche Russen hatten über sie Geld geschleust. Kein Wunder: In Lettland kamen mehr als 50 Prozent aller Bankeinlagen aus dem Ausland. Und der Chef der Zentralbank und andere Aufseher sahen immer wieder weg. Ebenso die Europäische Zentralbank.

Hanning beschreibt seinen Fall nach ausführlichen Recherchen so: „Die Bank wurde offenbar systematisch in den Konkurs getrieben. Maßgeblicher Akteur im Hintergrund war der seinerzeitige lettische Zentralbankchef Ilmar Rimsevics, der zurzeit in Lettland wegen des Verdachts der Korruption angeklagt ist.“

„Leider ist inzwischen mein Vertrauen in die Integrität lettischer Behörden sehr begrenzt“

Hanning, der nun juristisch gegen alle Beteiligten – auch gegen den Konkursverwalter – vorgeht, in seinem Schreiben an den deutschen Botschafter: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier um einen Fall organisierter Kriminalität mit etlichen Beteiligten zu Lasten der Bank und des Aufsichtsrates der Bank handelt. Leider ist inzwischen mein Vertrauen in die Integrität lettischer Behörden sehr begrenzt und ich habe auch Zweifel, ob ich in dem anhängigen Gerichtsverfahren ein faires Urteil erwarten kann. Bisher verweigert die lettische Seite jeden Zugang zu den Unterlagen der Bank, sodass eine Verteidigung auf Augenhöhe gar nicht möglich ist."

Okko Behrends, der Anwalt der Bank, über den Finanzplatz Riga: „In Lettland kommt es seit Jahren zu schweren Vorfällen im Bankensektor." Er beobachtet, dass „der Insolvenzverwalter und die lettischen Behörden die Überprüfung der Bankenschließung boykottieren". Behrends: „Sie geben uns keinen Zugang zu den Unterlagen und Informationen, obwohl wir nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes die Bank vertreten und der Insolvenzverwalter einen Interessenkonflikt hat."

Merkwürdig, findet der Anwalt: Denn es gehe um mögliche hohe Schadensersatzansprüche gegen die Europäische Zentralbank. „Aber der Insolvenzverwalter ist vom Staat abhängig, was der EuGH auch festgestellt hat. Für ihn ist seine Bestellung wie ein Lottogewinn. Er hat kein Interesse an einer Überprüfung." Der Insolvenzverwalter verdiene bis zu 80 000 Euro im Monat an dem Fall – ein Richter in Lettland etwa 1000 Euro.

Sein Urteil über den Finanzplatz Riga ist vernichtend: „In Lettland gibt es im Bankwesen ein massives Korruptionsproblem. Das erklärt der lettische Staat auch gegenüber dem Europäischen Gerichtshof." Der Anwalt der Bank: „Für eine Verweigerung der Aufklärung gibt es keine Rechtfertigung. Sie widerspricht eindeutig europäischem Recht."

© Axel Springer AG. Alle Rechte vorbehalten